

Talblick



Weckruf auf dem oberen Tal

Laut Töne, viel Tamtam, das ist gerade nicht die Sache der Leute aus dem oberen Murgtal. Und wenn sie sich doch einmal zu Wort melden, dann tut man gut daran, zuzuhören. So waren es dieser Tage die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Forbach, die aufhorchen ließen. Weniger, weil sie einen virtuellen Stammtisch ausrichteten – das macht mittlerweile wohl fast jeder Verein –, sondern weil sie dabei lobenswerterweise das ganze Tal in den Blick nahmen. Um Ansprüchen und Wünschen nicht nur aus Forbach, sondern aus dem gesamten Murgtal mehr Gewicht zu verleihen, brauche es einen Schlußschluss. Erster Schritt dazu: Die Forbacher wollen ein Online-Treffen der Murgtal-Ortsvereine organisieren. Letztlich hoffen die Forbacher aber auf gemeinsames Handeln über Parteigrenzen hinweg. Gewichtige Themen, das ganze Murgtal betreffende, gibt es mit Sicherheit. Und so verweisen die Forbacher auf die beschlossene Zentralisierung des Klinikums Mittelbaden. Hatte man in Forbach noch bis vor wenigen Jahren ein Krankenhaus, so gehören die Gemeinde und das Umland mittlerweile zu denen, die im Niemandsland der Akutversorgung zu Hause sind. SPD-Kreisrat Horst Fritz betont deshalb völlig zu recht, dass die schnelle Erreichbarkeit in maximal 30 Minuten auch von Forbach aus ein wichtiges Standortkriterium der neuen Großklinik sein müsse. Gleichheit der Lebensverhältnisse von Ländlichem Raum und städtischen Räumen – das wird sicher nicht in allen Lebens-Lagen wünschenswert oder gar notwendig sein. Bei der medizinischen Versorgung ist sie allerdings unabdingbar.

Ein weiteres Feld der Grundversorgung ist die Bildung. Und deshalb richten die Forbacher den Blick auf die bedrohte Handelslehranstalt (HLA) in Gernsbach. Ihr droht die Schließung. Dabei ist sie ein wichtiger Standortfaktor. Weniger abstrakt gesagt: Wer will, dass junge Murgtälern gerne in ihrer Heimat zu Hause sind, der kann ihnen nicht die Schultür vor der Nase zuknallen und sie woanders hinschicken. Um es in den Worten der Forbacher zu sagen: Es dürfe nicht geduldet werden, dass das Murgtal zugunsten einer Zentralisierung aller Einrichtungen „nach und nach leer gefegt“ werde. Sonst stehe in letzter Konsequenz auch die Schließung der Carl-Benz-Schule zur Disposition. Die wiederum ist nicht in Gernsbach, sondern in Gaggenau. In der Großen Kreisstadt allerdings ist man sich anscheinend nicht recht bewusst, dass der Status eines Mittelzentrums nur Gaggenau und Gernsbach gemeinsam zugeeilt wurde – sonst wäre der Widerstand gegen die Schließungspläne deutlicher zu vernehmen. In Wahlkampfzeiten wird naturgemäß Parteipolitik betrieben. Umso mehr verdient das Ansinnen der Forbacher Beachtung: Ein „infrastrukturelles Ausbluten des Murgtals“ müsse nicht nur verhindert werden. Darüber hinaus gelte es endlich, über Parteigrenzen hinweg die gemeinsamen Anliegen zu vertreten. **Thomas Senger**

Rastplatz am Amalienberg kann Problem nicht lösen

Standortsondierung für Lkw-Parkplatz

Gaggenau (stj) – Oberbürgermeister Christof Florus hat sich mit einem Brief an Ministerialdirektor Uwe Lahl gewandt und ihn an seine Zusage erinnert, sich für eine Sondierung eines geeigneten Standorts für einen ausreichend großen Lkw-Rastplatz im vorderen Eingangsbereich des Murgtals einzusetzen. Diese hatte Lahl im Zuge der Vorgespräche und der Bürgerinformationsveranstaltung im September 2018 zum Pilotprojekt eWayBW gegeben. Die Teststrecke für oberleitungsbetriebene Hybrid-Lkw befindet sich aktuell in der Realisierung.

„Von der erteilten Zusage für die Sondierung eines geeigneten Standorts für einen ausreichend großen Lkw-Parkplatz haben wir bisher nichts mehr vernommen“, moniert Florus und betont: „Der geplante Ausbau des Rastplatzes am Amalienberg kann das Problem nicht lösen, da hier nur geringfügig mehr Lkw-Parkplätze entstehen.“ Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass Lkw-Fahrer „nach wie vor notdürftig Warte- und Übernachtungsmöglichkeiten in den Gewerbe- wie auch Wohngebieten entlang der B462 suchen“. Dies führe in Städten und Gemeinden des Murgtals zwangsläufig zu Konflikten mit davon betroffenen Anwohnern. Florus sprach das Thema am Donnerstag in der nicht-öffentlichen Sitzung der Gesellschaft für Kommunale Zusammenarbeit (GKM) an. Dort sitzen die Bürgermeister von Gaggenau, Gernsbach, Kuppenheim, Forbach, Bischweier, Loffenau und Weisenbach mehr oder weniger regelmäßig an einem Tisch und beraten über interkommunale Themen. Der fehlende Lkw-Parkplatz an der B462 ist ein solches, weshalb die GKM Florus' Schreiben an das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg unterstützen dürfte. Darin bittet der Gaggenauer Oberbürgermeister den Ministerialdirektor in Stuttgart „eindringlich, entsprechend Ihrer Zusage, dieses Problem anzugehen“. Sollte Lahl bereits tätig geworden sein, würde man sich im Murgtal über einen Sachstandsbericht sehr freuen.

Sportausschuss tagt am 23. März

Gaggenau (BT) – Zur Jahreshauptversammlung 2021 lädt der Sportausschuss am Dienstag, 23. März um 19 Uhr in die Jahnhalle. Auf der Tages-

ordnung stehen unter anderem eine Ansprache von Oberbürgermeister Christof Florus, die Verleihung der Jugendförderpreise durch die Firma Protektor Maisch und die Verleihung des Hanns-Spitschan-Preises. Der Sportausschuss vertritt über 30 Vereine.

Transparenz und Mehraugenprinzip

Wie Kommunen mit Schenkungen umzugehen haben / Katz'scher Garten im Fokus

Von BT-Redakteur
Stephan Juch

Gernsbach – Seit der im Februar 2006 beschlossenen Änderung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg müssen Gemeinderäte die Annahme von Spenden über 100 Euro genehmigen. Die Neuerung des Landesgesetzes hatte das Ziel, das Einsammeln von Spenden von Privaten an die Kommunen im Land juristisch auf sichere Beine zu stellen. Die kostenfreie Übertragung des Katz'schen Gartens an die Stadt Gernsbach wirft diesbezüglich Fragen auf.

Das touristisch genutzte und von einem ehrenamtlichen Arbeitskreis liebevoll gehegt und gepflegte Kleinod an der Bleichstraße gehörte der Krause-Gruppe (Bayreuth), die es zusammen mit dem angrenzenden Pfleiderer-Areal aus der Insolvenzmasse der gleichnamigen Infrastrukturtechnik GmbH erworben hatte. Laut Grundbuch gehörte der Katz'sche Garten bis dahin ebenfalls zum ehemaligen Pfleiderer-Areal, das der Investor Krause jetzt in den Wörthgarten verwandeln möchte. Im vergangenen Dezember überließ Krause der Stadt Gernsbach den Katz'schen Garten kostenlos. Ist es üblich, dass ein Investor an eine Stadt, die gleichzeitig Genehmigungsbehörde für sein (in diesem Fall durchaus umstrittenes) Bauvorhaben ist, solche Geschenke macht?

In der 2006 neugefassten Novelle der Gemeindeordnung ist die Annahme von Schenkungen in Paragraph 78 Absatz 4 geregelt. Danach darf eine Gemeinde „zur Erfüllung ihrer Aufgaben (...) Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen ausschließlich dem Bürgermeister sowie den Beigeordneten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet der Gemeinderat.“ Hintergrund dieser Erweiterung der Grundsätze für die Einnahmehbeschaffung der Gemeinden war das Korruptionsbekämpfungsgesetz vom Au-



Schenkung ohne Gemeinderatsbeschluss? Laut Stadtverwaltung obliegt die Annahme des Katz'schen Gartens allein in der Zuständigkeit des Bürgermeisters. Foto: AK Katz'scher Garten

gust 1997, durch das sich infolge der Ausweitung der Straftatbestände der Vorteilsnahme und der Vorteilsgewährung die strafrechtlichen Risiken der kommunalen Amtsträger im Zusammenhang mit Spendenannahmen deutlich erhöht haben.

Hintergrund

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) Baden-Württemberg hält dazu in einer Mitteilung aus dem Jahr 2010 fest: „Mit den festgelegten klaren Zuständigkeits-, Verfahrens-, Dokumentations- und Vorlageregelungen von der Einwerbung bis zur Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen wird ein hohes Maß an Transparenz geschaffen. Damit wird eine ausreichende Rechtssicherheit für die Bürgermeister sichergestellt. Entscheidend sind die Gesichtspunkte Transparenz und Mehraugenprinzip.“

Um das sicherzustellen, gab es in den zurückliegenden 15 Jahren nur wenige öffentliche Gemeinderatssitzungen in Gernsbach, bei denen der Tagesordnungspunkt „Annahme

von Spenden“ fehlte. In der Regel werden diese ohne Diskussion abgenickt; derzeit laufen die erforderlichen Beschlüsse pandemiegerecht über das sogenannte Umlaufverfahren (elektronisch). Selbst kleinere Summen – wie am vergangenen Montag ein Betrag von 877 Euro – werden so transparent. Vor diesem Hintergrund verwundert es einige Bürger und Gemeinderäte, dass ausgerechnet die Schenkung des Katz'schen Gartens nicht vom Gremium beschlossen wurde, bevor sie Bürgermeister Julian Christ öffentlichkeitswirksam verkündet hat.

Wie die Gernsbacher Stadtverwaltung auf BT-Anfrage gestern erläuterte, war der Katz'sche Garten in einem Vorvertrag mit 50.000 Euro bewertet worden. „Grundstücksgeschäfte in dieser Größenordnung obliegen gemäß der Hauptsatzung der Stadt Gernsbach der Zuständigkeit des Bürgermeisters und bedürfen keinerlei Zustimmung des Gemeinderats“, versichert die Stadt.

Die überörtliche Prüfung solcher Vorgänge (also durch die Kommunalaufsicht) beschränkt sich laut GPA in die-

sem Bereich darauf, ob die „Regelungen“ des Paragraphen 78 Absatz 4 Gemeindeordnung eingehalten werden. Sie habe keine Kompetenz zur strafrechtlichen Bewertung von Sachverhalten.

Annahmemeitscheidung dient der Entlastung

Dies wiederum sei Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die, soweit entsprechende Prüfungserkenntnisse vorliegen, allerdings gegebenenfalls auf den Sachverhalt aufmerksam zu machen sei, erläutert die GPA weiter: „Inhaltlich geht es bei der Abgrenzung zur strafbaren Vorteilsannahme beziehungsweise Vorteilsgewährung und zu anderen Straftatbeständen (Untreue, Betrug, Steuerstrafrecht) häufig um die sogenannte Unrechtsvereinbarung. Eine Strafbarkeit des Bürgermeisters kommt aber nur in Betracht, wenn dessen Spendenwerben die Qualität eines ‚Forderns‘ erreicht oder wenn es sich um persönliche Zuwendungen handelt. Durch die Annahmemeitscheidung des Gemeinderats wird er grundsätzlich entlastet.“

„Truck-Bereich ist kein Sanierungsfall“

Daimler-Betriebsratschef Michael Brecht mahnt zur Besonnenheit

Gaggenau (tom) – In einem Brief an alle Beschäftigten im Nutzfahrzeugbereich von Daimler geht Betriebsratschef Michael Brecht (Foto: Oswald) auf die Ängste ein, die durch die bevorstehende Abspaltung der Truck-Sparte geweckt wurden. „Der Truck-Bereich ist kein Sanierungsfall, den man abstoßen muss oder will“, versichert Brecht in dem Schreiben, das heute in den Briefkästen der Mitarbeiter liegen soll.

Anlass zu Sorgen gibt es durchaus: Eine drastische, wenn auch etwas diffuse Aussage machte der Chef der Daimler-Nutzfahrzeuge, Martin Daum, erst am Donnerstag: Zwischen 20 bis 50 Prozent werde wegen der Hinwendung zur Elektromobilität der Stellenabbau in den Aggregatwerken betragen (wir berichteten).

Für Michael Brecht sind das „extrem hohe Zahlen“, wie er im BT-Gespräch betont: Derlei Szenarien für den Zeitraum bis 2035 seien mit vielen Unschär-

fen behaftet. Dass es zu Arbeitsplatzverlusten auch am Standort Gaggenau kommen werden, will auch Brecht nicht abstreiten. Aber, so gibt er zu bedenken: Wichtige Fragen seien noch zu klären, zum Beispiel: Wie lange werde man noch mit den bislang erfolgreichen Produkten erfolgreich sein? Wie entwickelt sich die Produktivität?

Bislang rechnet man mit einer jährlichen Steigerung von rund zwei Prozent mit entsprechenden Folgen für die Personalplanung. Aber es werde ja auch neue Produkte geben, und auch diese müssen hergestellt werden; sagt Brecht. In der nächsten Woche werde der Daimler-Betriebsrat mit der Konzernleitung über alle Standorte hinweg erste Gespräche führen, also nicht nur für Gaggenau, sondern auch



für Kassel, Mannheim und Wörth – wo auch in Zukunft die Lastwagen zusammengebaut werden sollen. An deren Ende, nach rund zwei Monaten, sollen die künftigen „Identitäten“ und „Kompetenzfelder“ der Standorte definiert sein, sprich: Wo und wie werden neue Themen wie elektrifizierte Achse, Brennstoffzelle, Inverter oder Batterieherstellung angegangen?

„Der Betriebsrat wird kämpfen“

„Auch in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren werden sich Dinge entwickeln und der Betriebsrat wird kämpfen“, sagt Brecht. Gleichwohl: „Die Standorte werden anders aussehen, und es werden weniger Mitarbeiter sein. Wie viele, das werden die neuen Themen bestimmen.“ Mit dem bereits ausgehandelten Innovationsfonds von 1,5 Milliarden Euro habe man bereits ein gutes Instrument, um Zukunftsprojekte an

den Standorten zu verwirklichen.“ „Denn was wir nicht entwickeln, das werden wir später nicht an den Standorten produzieren.“

Brecht rät zu gesundem Optimismus: Ähnliche Szenarien habe es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, „und wir haben immer wieder neue Ideen aufbauen können; das wird zukünftig auch nicht anders sein. Wer hätte gedacht, dass wir in Gaggenau der erste Standort der Daimler AG sind an dem wir Batterie-Recycling beginnen?“ Wie diese Woche berichtet, gibt es Überlegungen, auf dem Gelände des Daimler-Presswerks in Kuppenheim eine Forschungsanlage zum Recycling von Altbatterien aufzubauen.

Falls es zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen werde, „braucht sich niemand Gedanken um seinen Job machen“, versichert Brecht: „Wir haben mit der Altersteilzeit ein Instrument, um sozialverträglich Anpassungsprozesse machen können.“